



Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 23. Mai 2019

Antrags-Nr. 19-F-03-0014

Wiesbaden erklärt den Klimanotstand - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.05.2019 -

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen der heutigen Zivilisation. In der Wissenschaft besteht Einigkeit darüber, dass der Klimawandel durch die vom Menschen verursachten Emissionen klimaverändernder Gase verursacht wird. Es besteht auch Einigkeit darüber, dass große Katastrophen wie z.B. ein massiver Meeresspiegelanstieg sowie die Zunahme von Dürren und Extremwetterereignissen mit verheerenden Folgen für weite Teile der Erdbevölkerung nur dann vermieden werden können, wenn es gelingt, die Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dieses Ziel muss in kürzest möglicher Zeit erreicht werden, wenn wir schlimmste Folgen für Mensch und Natur vermeiden wollen.

Der Klimawandel ist keine wissenschaftliche Hypothese, sondern schon jetzt unerbittliche Realität. Er führt bereits heute zu massiven Schäden und zu Migrationsbewegungen. Er ist eine menschengemachte Katastrophe. Klimaschutz ist daher auch eine Frage des internationalen und generationenübergreifenden Menschenrechts.

Der Klimawandel kostet nicht nur Lebensqualität, sondern auch viel Geld. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Klimaanpassungsmaßnahmen deutlich teurer werden als vorbeugende Maßnahmen zum Klimaschutz, wie z.B. die Umstellung auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung und Mobilität. Jeder Euro für Klimaschutzmaßnahmen ist daher gut investiertes Geld und macht uns zukunftsfähig.

Die Folgen des Klimawandels betreffen auch Wiesbaden. Die beispiellose Hitze- und Trockenperiode 2018 sowie auch die Stürme und mit Hochwasser verbundenen Starkregen der vergangenen Jahre haben uns bereits deutlich spüren lassen, was dieser Stadt bei zunehmender Klimaerhitzung in verstärktem Ausmaß droht.

Vor diesem Hintergrund muss die Landeshauptstadt Wiesbaden den Klimaschutz künftig noch stärker als prioritäre Aufgabe behandeln. Klimaschutz ist nicht nur eine nationale, sondern eine kommunale Aufgabe, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Wirtschaft/Industrie. Weltweit haben mittlerweile 520 Kommunen den Klimanotstand ausgerufen. In Deutschland ist Konstanz ein wegweisendes Beispiel, dem Wiesbaden als wohlhabende Stadt folgen sollte.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Erklärung des Klimanotstands

A. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass die mit dem Beschluss vom 10.05.2007 festgesetzten Ziele zum Klimaschutz bis 2020 nicht erreicht werden.
2. dass an die weiteren Klimaschutzziele noch deutlich höhere Anforderungen gestellt werden müssen, damit die Stadt Wiesbaden einen angemessenen Beitrag zur Einhaltung der international vereinbarten Begrenzung der Erderwärmung um 1,5°C leistet.
3. dass die bisherigen, dem allgemeinen Trend folgenden Maßnahmen der Stadt Wiesbaden zum Klimaschutz alleine nicht geeignet sind, diese Ziele zu erreichen.
4. dass angesichts der knappen Zeit, die für die Eindämmung des Klimawandels verbleibt, weitergehende Sofortmaßnahmen notwendig sind.

B. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

-
1. Effektiver Klimaschutz ist eine kommunale Aufgabe höchster Priorität.
 2. Alle Entscheidungen des Stadtparlamentes werden ab sofort unter den Klimaschutzvorbehalt gestellt.
 3. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt aus den vorgenannten Gründen den Klimanotstand.

II. Der Magistrat wird gebeten,

1. ab sofort bei jeglichen Vorhaben die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen und klimagünstige Lösungen zu bevorzugen oder geeignete Kompensationsmaßnahmen zu ergreifen.
2. in der Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen darauf hinzuwirken, den Klimaschutz bei allen Aktivitäten zu berücksichtigen. Im Public Corporate Governance Kodex wird bei den Wertvorstellungen der Klimaschutz als expliziter Punkt aufgenommen.
3. sich beim Deutschen Städtetag, dem Land und dem Bund dafür einzusetzen, die notwendige Unterstützung zur Umsetzung der eigenen Klimaschutzziele zu erhalten und in anderen Kommunen dafür zu werben, es der Landeshauptstadt Wiesbaden gleichzutun und ebenfalls Anträge zum Klimanotstand zu verabschieden.

Beschluss Nr. 0211

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 15.05.2019 betr.

Wiesbaden erklärt den Klimanotstand

wird aus Zeitgründen zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 vorgesehen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2019

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2019

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister